

Schrittweise

FDP-Vorstoß zur weiteren Öffnung der Bundeswehr für Frauen

Wer will dem, der „geschlechtsspezifische Berufsverbote“ geißelt und diese schnellstmöglich aus der Welt schaffen möchte, den Beifall verweigern? Wenn dieser auch noch den Mut besitzt, ausgerechnet in Zeiten harter politischer Auseinandersetzungen zur Rettung des gefährdeten „Standorts Deutschlands“, das Thema Gleichstellung der Frau zu forcieren, das vielen doch eher als eines für „bessere Zeiten“ gilt, hat er doppelt Lob verdient – so sehr auch der kurz vor der parlamentarischen Sommerpause von der FDP-Spitze unternommene Vorstoß, die Bundeswehr für Frauen weiter zu öffnen und ihnen auch den freiwilligen Dienst an der Waffe zu ermöglichen, überraschen mag.

Auch wenn das Grundgesetz derzeit bezüglich des Waffendienstes von Frauen wenig Raum für Gedankenexperimente zu bieten scheint, ist das Thema Frauen in der Armee keineswegs neu. 1975 führte diese Diskussion etwa zur Änderung des Soldatengesetzes und der Wehrdienstdisziplinarordnung. Frauen konnten sich nun als Zeit- oder Berufssoldatinnen für die Laufbahn des Offiziers im Sanitätsdienst bewerben. Ende der 70er Jahre wurde das Thema besonders durch einige Protagonistinnen der Frauenbewegung forciert.

Die Frauenbewegung bot dabei in ihrem Verhältnis zur Wehrpflicht eine immer offene Flanke; ihren Gegnern war das Thema oft genug Anlaß zu wohlfeiler Häme. Besonders „linke“ Frauen ließen sich mit dem Thema Wehrpflicht trefflich vorführen. Die verschiedenen Argumente frauenbewegter Anwältinnen schienen sich zu widersprechen: das Emanzipationsinteresse und der Wunsch nach Eroberung

aller gesellschaftlichen Bereiche, aller Berufe und Ränge stand gegen die pazifistische Überzeugung und die Weigerung, beteiligt zu werden an patriarchaler Gewalt.

Überraschen aber mag der Vorstoß der FDP-Spitze nicht nur, weil es doch auch durchaus noch einige andere gesellschaftliche Bereiche gibt, wo es für Frauenemanzipation und Gleichberechtigung eine Lanze zu brechen gälte. Der neuerliche Impuls der FDP fällt in eine Phase, in der eine mittlerweile sehr ins Grundsätzliche reichende Debatte über die Zukunft der deutschen Wehrverfassung überhaupt im Gange ist. Beim Thema Bundeswehr sind einige weitgehende Fragen derzeit offen, allen voran die des Fortbestandes der Wehrpflichtarmee.

Trotz aller vehement vorgetragenen Bekenntnisse zur Wehrpflicht, vorrangig mittlerweile begründet mit gesellschaftspolitischen Argumenten, gibt es doch untrügliche Zeichen, daß diese längerfristig zur Disposition steht. Dazu gehört die stetig steigenden Zahl der Kriegsdienstverweigerer und die damit verbundene Frage der Wehrgerechtigkeit. Auch die drastische Truppenreduzierung, zu der sich die Bundesrepublik 1990 im sogenannten „2+4-Vertrag“ verpflichtet hat, sowie grundsätzlich die völlig veränderten Rahmenbedingungen für Aufgaben und Anforderungen einer künftigen Bundeswehr, die sich nicht mehr länger auf die Territorialverteidigung beschränken, setzten Fragezeichen hinter die Wehrpflichtarmee. Ein Land, das nur von befreundeten Nachbarn umgeben ist, braucht keine Massenarmee mehr, zu deren Sicherung die Wehrpflicht eingeführt wurde. Mehr und mehr gewinnt daher unter verfassungsrechtlicher Perspektive das Argument an Plausibilität, die gegenwärtige Sicherheitslage Deutschlands könne nicht mehr einen derartigen Eingriff in die bürgerlichen Grundrechte legitimieren, wie ihn die Wehrverpflichtung darstellt.

Wer vor diesem Hintergrund den Vorschlag der FDP nicht gar als „Geisterdiskussion“ (CDU-Generalsekretär

Hintze), als „Groteske“ (Wieczorek-Zeul, SPD), als Sommerloch-Knüller oder einen weiteren Versuch krampfhafter parteipolitischer Profilierung werten wollte, befürchtete, das frisch aufgewärmte Frauenthema könnte der Ablenkung von den weitergehenden Problemen dienen. Auch entstand der Verdacht, daß in Zeiten, wo der Bundeswehr die Soldaten wegzulaufen scheinen, nun die Frauen als Lückenbüsserinnen herhalten sollen.

Indessen gibt es durchaus berechtigte Gründe, das Verhältnis Frauen, Armee und Waffendienst neu zu diskutieren. Die Argumente für die bisherige – je nach Perspektive – Diskriminierung oder Privilegierung der Frauen in der deutschen Wehrverfassung, die über kurz oder lang immer in Aussagen über das „Wesen“ und die „natürliche“ Grundbestimmung der Frau endeten, sind brüchig geworden: Frauen haben sich auch in anderen Bereichen Berufschancen erobert, die ihnen in den 50er Jahren noch nicht offenstanden. Bei einigen militärischen Bündnispartnern, allen voran den USA, haben Frauen mittlerweile, gleichwohl aber hart erkämpft eine sehr viel selbstverständlichere Stellung und Rolle innerhalb der Streitkräfte. Zum anderen drängen mehr und mehr Frauen zur Bundeswehr. Diesen aber müssen auch adäquate Aufstiegsmöglichkeiten geboten werden, die derzeit durch den Ausschluß vom Waffendienst höchst eingeschränkt sind. Sollte es in absehbarer Zeit doch zu einer Freiwilligenarmee in Deutschland kommen, wird sich auch die Frage nach den Frauen in der Bundeswehr ohnehin neu stellen.

Dabei war die bisherige Geschichte der Frauen in der Bundeswehr stets eine Folge der kleinen Schritte und dies wird auch voraussichtlich – dies zeigt der momentane Gesprächsverlauf – so bleiben. Die von FDP-Generalsekretär Guido Westerwelle angelegte Ermöglichung des freiwilligen Dienstes an der Waffe würde aber eine Grundgesetzänderung voraussetzen, für die die notwendige Zweidrittelmehrheit im Bundestag sicherlich nicht zu erreichen wäre. Der nächste Schritt

wird die Öffnung weitere Bereiche wie Fernmeldedienst oder Logistik sein. Bisher ist der Einsatz von Frauen auf den Sanitäts- und Musikdienst beschränkt. Auch die unmittelbar bevorstehende Zulassung von Frauen zu bewaffnetem Wachdienst in Friedenszeiten ist ein solcher kleiner Schritt.

Diejenigen aber, die sich so vehement für die Soldatinnen einsetzen, sollten in ihrem Elan für die Gleichstellung der Frauen unbedingt bestärkt, verpflichtet werden. Schließlich ist das Militär sicherlich nicht die letzte Bastion patriarchaler Macht, die es noch eben schnell zu schleifen gilt, damit das Gleichberechtigungs-Paradies Deutschland endlich Realität wird. fo

Verunsicherung

Kritik an der Misereor-Bund-Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“

Das bischöfliche Hilfswerk Misereor sieht Klärungsbedarf: Auch die Vorstellung des Jahresberichtes 1995 im vergangenen Monat nahm der Hauptgeschäftsführer von Misereor, *Norbert Herkenrath*, zum Anlaß, erneut das Engagement des Hilfswerks für die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ zu erklären, ja zu verteidigen. Zusammen mit dem Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) hatte Misereor beim Wuppertaler Institut für Klima, Umwelt, Energie die Studie, die quantitative wie qualitative Eckdaten einer weitreichenden sozio-ökologischen Wende unter der Maßgabe weltweiter Gerechtigkeit formuliert, in Auftrag gegeben (vgl. HK, Dezember 1995, 641 ff.).

Seit ihrer Veröffentlichung im November letzten Jahres sorgt die zum Sachbuch-Bestseller gewordene Studie für volle Briefkästen in der Misereor-Zentrale in Aachen. Neben viel Zustimmung mußte Misereor auch einige, mitunter recht harsche Kritik über sich ergehen lassen. Erboßt sahen sich vor allem die Bauernverbände durch „ein-

seitige“ und „naive“ Argumentationen und Forderungen an den ökologischen Pranger gestellt. Man forderte Misereor auf, sich von der Studie zu distanzieren; unter anderem hatte diese für einen reduzierten Fleischkonsum in Deutschland plädiert, auch mit dem Hinweis auf den durch diesen verursachten Flächenverbrauch in anderen Ländern. Die Kritik an der Studie – auch von Seiten anderer Umwelt- und Entwicklungsorganisationen, die sich etwas weitergehende Erkenntnisse und schärfere Postulate erhofft hatten – blieb jedoch nicht auf inhaltliche Aspekte beschränkt.

Herkenrath sprach bei der Vorstellung des Jahresberichtes von einer „Verunsicherung“ der Spender: Die Beteiligung an einer Umweltstudie für Deutschland des doch auf die Hilfe für Arme spezialisierten und verpflichteten Hilfswerkes stieß auf Unverständnis, das bis hin zum Vorwurf des Mißbrauchs von Spendengeldern reichte. In der „Szene“ der Entwicklungsarbeiter und Dritte-Welt-Gruppen sah man es als Positivum, daß Misereor ein breit angelegtes Verständnis von Entwicklung, aber auch eine ebenso breit ansetzende Analyse der Entwicklungshindernisse seiner Arbeit zugrundlegt. Bei den Kritikern kam dies nun als Überschreitung von Auftrag, Kompetenz und Zuständigkeit an.

„Verunsicherung“, gerade auch beim traditionellen Kern der Spender brachte aber ebenso die Wahl des *Bündnispartners* für dieses Studienprojekt. Sicherlich galt ein Gutteil des Mißtrauens gegenüber dem doch in der säkularen Öko-Szene eher mit dem Image politischer Zurückhaltung behafteten BUND der stetig medienpräsen- und viel provozierender auftretenden Umweltorganisation Greenpeace.

Gegenüber allen diesen Vorbehalten unterstrich nun Herkenrath erneut, der Entschluß, sich in punkto „Zukunftsfähiges Deutschland“ zu engagieren, sei eine unmittelbare Konsequenz aus der genuinen Misereor-Arbeit und der ihr zugrundeliegenden Prinzipien: „Zentrum der Misereor-

Arbeit ist das christliche Menschenbild, wonach jeder Mensch das gleiche Recht auf ein menschenwürdiges Leben, auf einen gerechten Anteil an den Ressourcen der Erde hat. Wo aber bleibt die globale Chancengerechtigkeit, wenn die reichen Industrieländer über 80 Prozent aller Ressourcen für sich beanspruchen?“ Darüberhinaus verwies der Misereor-Geschäftsführer auch auf einen anderen Aspekt, der spätestens seit der UN-Umweltkonferenz in Rio de Janeiro 1992 als so etwas wie eine Binsenwahrheit sowohl in der internationalen Entwicklungs- als auch Ökodiskussion gelten kann: Umweltprobleme sind Entwicklungsprobleme, Entwicklungsfragen sind Umweltfragen (vgl. HK, September 1992, 419 ff.).

Mit dem Auftrag zur Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ hat Misereor aber auch innerhalb der in Deutschland geführten Öko-Debatte eine Anwalts- und Lobbyfunktion übernommen, zu der nicht zuletzt die Projektpartner in der Dritten Welt selbst gedrängt hatten: Die seit über 20 Jahren geführte Umweltdebatte ranke daran, so Herkenrath, daß fast immer nur Deutschland oder vielleicht noch Europa in den Blick genommen werde.

Misereor wird die Verunsicherung bei manchen Spendern dennoch zu denken geben. Nicht nur, weil sich das Werk unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu Recht um das weitere Spendenaufkommen für seine primäre Aufgabe der Armutsbekämpfung und der direkten Hilfe für Notleidende sorgt: mit insgesamt 129,4 Millionen Mark sank dieses 1995 im Vergleich zum Vorjahr um 5,5 Prozent – die Anzahl der Hilfsanträge aus Afrika, Asien und Lateinamerika aber steigt stetig (60 Prozent davon konnten 1995 bewilligt werden).

Man wird sich in Aachen auch fragen, welche Vorstellungen über Auftrag und Arbeit unter den Spendern, damit aber auch in breiten Kreisen der kirchlichen Öffentlichkeit vorherrschen. Ist dort etwa die *politische Bildungsarbeit* im eigenen Land, der die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ zuzurech-